Offenes Blatt

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin
Februar 2018

Viel Theater am Theater?!



Foto: Niteshift (talk)_wikipedia.org

Eine schriftliche Dienstanweisung mit der Überschrift „Unabgesprochene politische Meinungsäußerungen“ hat dem Mecklenburgischen Staatstheater bundesweit Schlagzeilen beschert. Unter Bezug auf „kritische Wortbeiträge, erhebliche Schwierigkeiten“ und den „teilweise großen Unmut“ bei Trägern, Partnern und Sponsoren hatte der Intendant den Kolleginnen und Kollegen faktisch einen Maulkorb verpasst und darüber hinaus bei Zuwiderhandlungen mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht. Ein wohl einmaliger Vorgang, der völlig verkennt, dass Theater „seit dem 18. Jahrhundert als Kunstform existiert, die von Demokratie lebt und sie vor allem auch belebt“, wie Benno Schirrmacher von der Berliner taz zu diesen Vorfällen schreibt. Schon immer hat man sich am Theater künstlerisch mit aktuellen Themen, zum Nachdenken angeregt und gegen Zensoren Meinungsfreiheit gefordert. Schuldig geblieben ist der Intendant bis heute die Antwort auf die Frage, was konkret denn seine Anweisung ausgelöst hat. Im Aufsichtsrat wurden etwaige Probleme jedenfalls nie besprochen, sagte Marleen Janew, stellvertretende Stadtpräsidentin und linkes Urgestein im Theater Aufsichtsrat und trat als Mitglied desselbigen zurück. Fraktionschef Henning Foerster machte deutlich, dass ihn vor allem das Schreiben des Betriebsrates nachdenklich stimme. Wenn dort von „einem Klima der Angst und der juristischen Drohungen“ die Rede sei, müsse noch mehr im Argen liegen. Daher sei es auch nur folgerichtig, den Oberbürgermeister damit zu beauftragen, auf die Rücknahme der Dienstanweisung zu drängen und einen Moderationsprozess einzuleiten, der künftig wieder eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ermögliche.



Einladung zum Kaffeeklatsch „Alles Theater“

14.02.2017 16.30 Uhr
im Bürgerbüro Martinstraße
Zu Gast: Joachim Kümmritz,
Theaterintendant Rostock-Neustrelitz

Schwere Zeiten

Schwere Zeiten sind es für die SPD. In den Koalitionsverhandlungen kann sie machen was sie will. Die Kritik aus den eigenen Reihen und von außen reißt nicht ab. Dabei wäre die Aufhebung des Kooperationsverbotes des Bundes im Bereich der Bildung ein richtiger und wichtiger Schritt und die SPD müsste dafür gelobt werden. Die SPD-Mitgliedschaft wird letztendlich entscheiden. Aber wie sich die SPD dreht und wendet, sie scheint zurzeit nicht gewinnen zu können. Die Prozente gehen weiter runter. Einen Grund zur Freude sehe ich nicht. Ein linkes Projekt, wie immer geartet, braucht auch eine starke SPD. Der Zustand der Grünen ist fraglich. Ihr Ministerpräsident in Baden-Württemberg macht alles mögliche, nur keine grüne Politik. Der Parteitag hat gerade erst eine Doppelspitze gewählt, der linke Flügel ist dort nicht mehr vertreten. Was das für die Zukunft bedeutet wird sich zeigen. Ein linkes Projekt scheint in der Bundesrepublik auf mittelfristige Sicht gescheitert. Vielleicht hofft Oskar Lafontaine darum mit Sahra Wagenknecht auf eine linke Sammlungsbewegung. Dafür spricht auch, dass DIE LINKE trotz aller Probleme stärker ist als es die PDS jemals war. Dennoch glaube ich nicht an den Erfolg einer linken Sammlungsbewegung. Es geht nicht darum, Teile der SPD oder der Grünen zu gewinnen. Es geht darum, eine Änderung des gesellschaftlichen Klimas zu erreichen. Das ist unsere Aufgabe und dafür müssen auch soziale Sozialdemokraten und grüne Grüne in ihren Parteien streiten. Insofern ist für mich das Ergebnis der Urabstimmung in der SPD interessant. Ein anlehnendes Votum würde Neuwahlen und Stress bedeuten, aber es wäre ein Sieg des linken Flügels der SPD. Das würde der SPD vielleicht momentan nichts nützen, würde sie aber ein Stückweit zwingen, ihren Kurs zu korrigieren. Ein Hoffnungsschimmer gegen Neoliberalismus wäre es. Schwere Zeiten sind es auch für unseren Landesverband. Wir haben im Herbst einen neuen Landesvorstand gewählt. Seitdem lernt er das Laufen nicht so richtig. Grund ist aus meiner Sicht mangelnde Transparenz und schlechte Kommunikation. Mehrere Kreisvorstände, darunter auch unserer, sowie die übergroße Mehrheit der hauptamtlich Mitarbeitenden in unserem Landesverband hatten sich für die Weiterbeschäftigung des alten Landesgeschäftsführer ausgesprochen. Das nahmen die neuen Landesvorsitzenden zur Kenntnis, fragten den amtierenden Landesgeschäftsführer aber nicht einmal, ob er wieder kandidieren wolle, sondern schlugen Sandro Smolka, der bereits früher für dieses Amt kandidiert hatte und nicht gewählt wurde, vor. Der damals amtierende Landesgeschäftsführer wurde von Mitgliedern des Landesvorstandes vorgeschlagen. In der Sitzung des Landesvorstandes wurde Sandro Smolka berufen. Gegen die vorgeschaltete Wahl gab es fünf Widersprüche bei der Landesschiedskommission. Es rumorte im Landesverband. Eine politische Begründung, warum der damals amtierende Landesgeschäftsführer nicht für den Posten geeignet gewesen sein soll, gibt es bis heute nicht. Transparenz sieht anders aus. Die Landesvorsitzende, Wenke Brüdgam, stellte ihre Forderungen an die Partei bezüglich eines Gehalts. Viele überraschte das. Hatten sie doch nicht geahnt, dass mit der Wahl so viel Geld verbunden sei. Auf dem Landesparteitag hatte sie es nicht gesagt, erklärte jedoch im Nachhinein, man hätte sie ja fragen können. Der Landesausschuss verweigerte zunächst seine Zustimmung zum Haushalt, da auch eine politisch nachvollziehbare Grundlage für die Berechnung der Gehaltsvorstellungen nicht gegeben war. Nunmehr steht die Landesvorsitzende mit einer halben Stelle im Stellenplan des Landesverbandes. Transparenz sieht anders aus. Im Landesvorstand gab es sogar einen Antrag zum Rücktritt des Gremiums. Davon erfahren hat die Basis nur, weil es einen Nachtrag zur Sofortinformation des Landesvorstandes gegeben hat. Die antragstellenden Mitglieder hatten diesen Nachtrag gefordert. Transparenz sieht anders aus. Es ist richtig, wir haben uns im Kreisverband bemüht, das Thema nicht zu hoch zu kochen. Wir haben genug zu tun, um den Kommunalwahlkampf im nächsten Jahr vorzubereiten. Und was nützt uns die Debatte im Kreisverband. Von allen Seiten gibt es dies und jenes was erzählt wird, was die Eine von dem Anderen gehört hat und so weiter. Solche Diskussionen bringen nichts. Im Kreisvorstand haben wir dazu beraten. Der Landesvorstand hat für den 24. März nach Güstrow zur Gesamtmitgliederversammlung des Landesverbandes eingeladen. Dort ist eine Möglichkeit zum Meinungsaustausch und das geeignete Forum, sich in die Diskussion einzubringen. Daher rufen wir zur Teilnahme an dieser Beratung auf und werden auch unsere Position dort deutlich machen. Es wird auch vom Geschick der Landesvorsitzenden abhängen, ob es um Inhalte oder Querelen geht.

Peter Brill
Kreisvorsitzender

LINKE Zeiten

Die Sozialdemokraten verraten gerade wieder sich und das Land. Seehofer soll über unsere Heimat bestimmen. Die Ministerpräsidentin ist fast nur in Berlin unterwegs und kümmert sich nicht um das Land. Ein Landeshaushalt wurde beschlossen, der weiter für soziale Ungerechtigkeit sorgt. Schwerin hat einen Oberbürgermeister, der in seiner Partei niemanden kennt und auf Landesebene keine Rolle spielt, was wiederrum schlecht für unsere Stadt ist. Wir haben für unser Schweriner Theater gekämpft, um nun zu erleben, wie ein Intendant Maulkörbe verteilt, damit die Regierung und die Sponsoren ja eine heile Welt erleben können. Eine Kommunalwahl steht vor der Tür. Und so weiter. Es ist also mal wieder die Zeit für die Themen der LINKEN. Und was macht diese in Schwerin. Stellt sich ins Abseits und bindet Zeit und Energie, um über die Vergabe einer Mitarbeiterstelle zu reden, zu schreiben, Videos zu machen und und und. Zielstellung dieser Aktivitäten? Unbekannt. Es ist Zeit Politik zu machen, Henning und die Stadtfraktion zu unterstützen, die Landespolitik zu erklären und versuchen die Welt etwas zu verbessern. Fangen wir an.

Rasho Janew

Vorankündigung Kaffeeklatsch zum Frauentag

06.03.2018
um 16.30 Uhr
Bürgerbüro
Martinstr.

LINKS
ist weiblich

Zu Gast:
Kerstin Voigt,
Unternehmerin und
Marleen Janew,
Vize Stadtpräsidentin

Impressum
„Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin,
Tel.: 0385/ 7587454,
E-Mail: info@die-linke-schwerin.de,
Internet: www.die-linke-schwerin.de
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.
V.i.S.d.P.: Peter Brill
nächste Ausgabe: 16.03.2018

„Es werden wieder Mauern gebaut – diesmal gegen die da draußen“



Die Prophezeiung von Erich Honecker am 19. Januar 1989, dass die Mauer auch in 50 oder 100 Jahren noch stehen würde, hat sich als falsch erwiesen. Ab dem 6.2.2018 ist sie länger weg, als sie einst gestanden hat und schon zwei Generationen wachsen ohne sie auf. Sie kennen sie aus dem Geschichtsbuch oder von Erzählungen der Älteren, aber wirklich vorstellbar ist es für sie nicht, was es bedeutete, nicht einfach von Berlin nach Berlin fahren zu können.

Man hat nicht oft im Leben Gelegenheit, historische Momente zu erleben. Die Dimension des Mauerfalls, dieses in seinem konkreten Ablauf ja zunächst eher irrtümlichen und zufälligen, aber unausweichlichen Ereignisses wurde wenig später deutlich. Denn alle Überlegungen für eine erneuerte DDR und ein längeres konföderales Nebeneinander der beiden deutschen Staaten, die anfangs die politischen Auseinandersetzungen bis hin zur Großdemonstration am 4. November bestimmten, wurden von der Wirklichkeit überholt.

Dies fand seine Ursache auch darin, dass die Mauer, anders als ihre Erbauer es dachten, von der Mehrheit der DDR-Bevölkerung nie als Bollwerk zu ihrem Schutz, sondern immer als deutliche Einschränkung ihrer Freiheit begriffen worden ist. Zwar hatten die Menschen ihr Leben im Laufe der Jahre mit der Mauer eingerichtet.

Sinnbild für das Scheitern des Staatssozialismus

Doch wer die Freude am 9. November 1989 gesehen und erlebt hat, der weiß, dass aus der Duldung des scheinbar Unabwendbaren nie wirkliche Akzeptanz geworden war. Umso schlimmer finde ich, dass noch heute bei Löhnen, Renten, Arbeitszeiten, Vermögen eine Trennmauer durch das Land geht und die Politik viel zu wenig tut, um diese niederzureißen. Nichts steht so sehr für das Scheitern des Staatssozialismus, wie der Umstand, dass er die Menschen zum Bleiben zwingen musste. Es mögen sich historisch in der Systemauseinandersetzung des Kalten Krieges und in der damaligen wirtschaftlichen Lage Argumente finden lassen, die eine derartige Trennlinie erklären.

Etwa wenn Ostberliner im Westteil der Stadt für D-Mark arbeiteten und dann mit deutlich mehrfachem Umtausch in DDR-Mark das Lohn- und Warengefüge der DDR vollkommen ad absurdum führten und ohne jede eigene wirtschaftliche Leistung die Subventionen in der DDR für Lebensmittel, Wohnungsmiete, Strom, Gas und Wasser (letzteres in Ostberlin zu DDR-Zeiten gebührenfrei) in Anspruch nahmen. Die Westpolitiker freute dies damals auch noch.

Dass sich die DDR-Führung mit Unterstützung der im Warschauer Vertrag verbundenen staatssozialistischen Länder darauf konzentrierte, die militärische Sicherung der Grenze zu perfektionieren, und die tödlich gegen die eigene Bevölkerung gerichtete Abschottung ideologisch zum antifaschistischen Schutzwall umdefinierte, lässt aber letztlich auch solche, allerdings nicht zu vergessenden historischen Argumente wenig überzeugend klingen, weil man dann wenigstens von Anfang an hätte daran arbeiten müssen, die Mauer so schnell wie möglich wieder zu öffnen und ihre Errichtung zu runden Jahrestagen nicht auch noch hätte feiern dürfen.

Die Hoffnung, dass die DDR nach dem Mauerbau ansonsten offener wird, erfüllte sich nur vorübergehend, so dass wieder Enttäuschung eintrat. Gesellschaften, die Mauern brauchen, um existieren zu können, haben letztlich keinen Bestand. Das sollten wir allerdings auch bedenken, wenn jetzt wieder neue Mauern – diesmal gegen die da draußen – gebaut werden. Gerade weil wir im Osten leidvolle Erfahrungen damit gemacht haben, wissen wir, dass Mauern keine Alternative sind.

Gregor Gysi

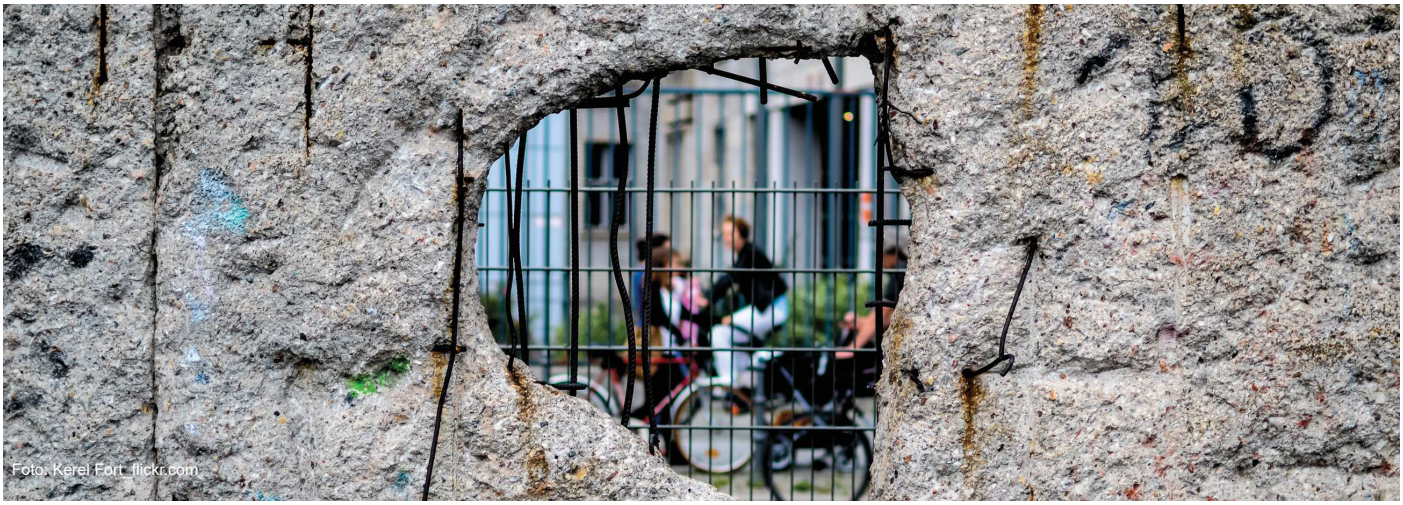


Foto: Kerel Fort, flickr.com

100 Jahre Oktoberrevolution und Heute

Eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung am 11. Januar: Eine Buchbesprechung mit Stefan Bollinger, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand DIE LINKE, moderiert von Prof. Dr. Siegfried Kuntsche. Stefan Bollingers Ausführungen führten zu einer Reihe grundsätzlicher Bewertungen. Der Oktoberaufstand war eine Revolution gegen den Krieg für eine sozialistische Alternative. Die Revolutionen des Jahres 1917 und ihr weiterer Verlauf sind ein einheitlicher Prozess. Lenin zog im Jahr 1921 aus einer tiefen Krise, die infolge des Bürgerkrieges entstand, zwiespältige Schlussfolgerungen. Die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖS) war erfolgreich. Es fehlten die Konsequenzen für die Weiterentwicklung der Sowjets als eine neue Form der Demokratie mit sozialistischem Inhalt. Unter Stalin entwickelte sich ein autoritäres Regime, auch mit grausamen Folgen. Mit dieser Weichenstellung entstand ein Kernproblem, das auch in der 50jährigen Entwicklung des realen Sozialismus nicht gelöst wurde. Die Oktoberrevolution schlug weltweit Wellen. In Deutschland brach vor 100 Jahren eine Revolution aus. Es entwickelten sich nationale Befreiungsbewegungen, Kommunistische Parteien entstanden, soziale Kämpfe in den kapitalistischen Ländern erhielten einen starken Rückhalt. Die Sowjetunion hatte einen entscheidenden Anteil am Sieg über den Faschismus. Jahrzehntelang wurde der Imperialismus gezähmt. Die Aussprache begann mit Fragen: Wie steht DIE LINKE zu der Feststellung von Rechtsanwalt Dr. Wolf, „das wir in einer vorrevolutionären Zeit leben? “Welche Vorstellungen hat DIE LiNKE? Stefan Bollinger ging davon aus, das für die Linken die Oktoberrevolution viel zu lange eine Blaupause, das Modell für sozialistische Revolutionen, geblieben ist. Heute geht es um gravierende neue Anforderungen, um langfristige Zwischenlösungen für die Änderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse und das in einer sehr widerspruchsvollen Welt. Der Inhalt der Debatte war die Feststellung, eine andere Welt zu schaffen ist möglich, aber wie, das ist das zentrale Anliegen der Linken. Dazu ist erforderlich, in der Politik Gegenwart und Zukunft stärker zusammenzuführen. Die Partei DIE LINKE arbeitet schon längere Zeit an Konsequenzen aus der digitalen und globalen Herausforderung. Es gibt ein Wahlprogramm und in diesem Jahr soll wieder ein Zukunftskongress stattfinden. In der LINKEN wird auch diskutiert, ob die Transformation der Gesellschaft Grundlage ihrer Politik ist. Transformation ist die Umwälzung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse in einem langen Prozess mit demokratisch erkämpften Mehrheiten mit dem Ziel, einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts anzusteuern, gewaltfrei, auch in der Erkenntnis, dass das nicht nur von einer Seite abhängt. Der Sozialismus bliebe dann nicht eine ferne Vision, sondern der Weg dahin beginnt im Heute. DIE LINKE entschied sich nach den Bundestagswahlen zur sozialen Opposition für soziale Gerechtigkeit. Im Unterschied zu den anderen Parteien ist das für sie mit einer Umverteilung des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums verbunden. Das ist die Alternative zu den Vorhaben bei der Bildung einer neuen Regierungskoalition. Das riesige Vermögen der Superreichen muss wesentlich stärker zur Lösung der Aufgaben herangezogen werden. Für Gerechtigkeit gegen Ungleichheit gibt es Mehrheiten in der Bevölkerung, die vor allem außerparlamentarisch mobilisiert werden müssen, um den nötigen Druck aufzubauen. Vorgeschlagen wurde, das DIE LINKE einen Zukunftsentwurf zur Diskussion stellt, ein Angebot an alle Linken, ein Beitrag für eine neue Kräftekonzentration gegen Rechts. Die Erarbeitung des Projekts bietet die Möglichkeit, die aktuellen Diskussionen, zum Beispiel zu „Partei in Bewegung“ in gemeinsame Positionen zu führen. Damit nutzen wir auch die Erfahrungen aus der Arbeit mit dem Wahlprogramm des vergangenen Jahres. Der Weg einer gesellschaftlichen Umwälzung ist kein Kuschelkurs, er ist ein Angriff auf die ökonomische und politische Macht des Groß Kapitals. Stefan Bollinger äußerte Bedenken, ob der notwendige Bruch mit den Macht- und Eigentumsverhältnissen mit einer Transformation der Gesellschaft genug erfasst wird. Haben die Reformvorschläge d er LINKEN nicht zugleich revolutionäre Züge? Ein Problem, das weiterhin diskutiert werden könnte. Eine weitere Frage in der Veranstaltung war: Wie ist die Lage in Venezuela? Welche Rolle spielen die USA und ihre Geheimdienste? Stefan Bollinger verwies darauf, das unter Führung von Hugo Chaves unter der Losung „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ demokratische Strukturen und soziale Bewegungen entstanden. Das Kernproblem bleibt jedoch der Rohstoff Öl, der über 90% der Wirtschaft des Landes ausmacht und eine sehr starke Abhängigkeit vom Weltmarkt zur Folge hat. Die USA ringen um ihre Vormachtstellung und nutzen dazu die Geheimdienste, vor allem aber auch die kapitalistischen Medien. Die jetzige Führung in Venezuela unternimmt große Anstrengungen, um das Land aus der Krise herauszuführen. Die letzte Frage: Wie geht die Führung in Russland unter Putin mit dem 100 Jahrestag der Oktoberrevolution um? Stefan Bollinger erklärte, das Putin zu Revolutionen auf Distanz geht. Die Oktoberrevolution wird vor allem mit Bürgerkrieg, mit Blutvergießen und Spaltung des Volkes in Verbindung gebracht. Bei der Geschichtsaufarbeitung dominiert der Patriotismus mit dem Ziel, das einige Russland zu begründen. Der Feiertag wurde abgeschafft. Die große Militärparade fand zum Tag des Sieges statt, um auch damit das Patriotische zu demonstrieren. Angeregt wurde, die umfangreichen Diskussionen und Veröffentlichungen zu 100 Jahre Oktoberrevolution im Karl Marx Jahr weiterzuführen, eine Aufgabe auch für die Rosa Luxemburg Stiftung.

Hans Wandt

Aufruf zum Ostermarsch 2018 in Schwerin

Truppenaufmärsche und Auslandseinsätze stoppen! Verhandeln statt schießen! „Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP).“ Das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen! Eine andere Politik muss her. Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten. Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen!

Obwohl der Bundestag 2010 parteiübergreifend den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland beschloss, erklärt sich die Bundesregierung heute damit einverstanden, die in Deutschland stationierten US-Atombomben ab 2019 zu „modernisieren“!

Kein Werben fürs Töten und Sterben! Die Bundeswehr lockt Jugendliche mit Dokusoaps und Abenteuercamps in den Kriegsdienst. Wir sagen nein zu verharmlosender Bundeswehr-Werbung und der Rekrutierung Minderjähriger, nein zur Kooperationsvereinbarung Schulministerium - Bundeswehr!

Weitere Forderungen:

Kampfdrohnen ächten statt beschaffen!

Kriegs- und Waffenexport stoppen!

Der Friedensnobelpreisträger EU darf kein Militärpakt werden!

Abrüstung statt Aufrüstung!

Frieden schaffen ohne Waffen!

Am 31.3.2018 von 10:00-13:00 Uhr! Ostermarsch vom Grunthalplatz zum Pfaffenteich

Der Landesvorstand, seine Vorsitzenden und wir

Wir sind die Neuen Anfang Dezember wurden der Genosse Dr. Daniel Trepsdorf und ich, Carmen Ziegler, in den Landesvorstand gewählt. Hiermit möchten wir nicht nur den Schweriner Delegiert*innen danken, sondern alle Genoss*innen, die uns immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben. Uns ist bewusst, dass wir jetzt eine große Verantwortung für den Kreisverband Schwerin tragen und wir werden unser bestes geben, allen Erwartungen und Diskursen gerecht zu werden. Daher möchten wir mit diesem Artikel auch gleich einen Aufruf verbinden: Wenn es Fragen, Wünsche und Anregungen gibt, bitte gebt es uns persönlich, über die Ortsgruppenvorsitzenden oder den Kreisvorstand weiter. Wir sehen eine Mitgliedschaft im Landesvorstand als Aufgabe an, euch zu vertreten. Dabei geht es uns auch darum, die Arbeit des Landesvorstandes (selbst)kritisch zu begleiten, für transparente Entscheidungen zu werben und vor allem den dialogischen Austausch zwischen der Basis und den Gremien der Partei zu befördern! Wir sind davon überzeugt, dass sich linke Politik vor allem dadurch auszeichnet, dass ihre Akteure nach innen die Werte und Überzeugungen leben, die sie nach außen in der Gesellschaft mit Recht und Nachdruck einfordern. Insofern ist es uns wichtig, die Debatten und die politische Stoßrichtung des Landesverbandes über das „Vorstandsgremium als Service-Gremium des Landesparteitags“ nicht lediglich „abzunicken und durchzuwinken“, sondern konstruktiv, nachfragend, emanzipiert und aktiv voranzubringen.

Eine Aufgabe des Landesvorstandes besteht darin, auf seiner konstituierenden Sitzung den Landesgeschäftsführer zu bestellen bzw. zu berufen. Da auf dem letzten Parteitag der Genosse Sandro Smolka an die Landesvorsitzenden mit dem Wunsch heran getreten ist, neuer Geschäftsführer zu werden und diese dies für eine gute Entscheidung hielten, wurde Genosse Smolka auf der konstituierenden Sitzung als neuer Geschäftsführer vorgeschlagen. In einer langen Diskussion wurden Alternativvorschläge, die Stelle neu auszuschreiben oder den Vertrag unseres bisherigen Geschäftsführers zumindest auf ein weiteres Jahr zu befristen, abgelehnt. Schließlich wurde Genosse Smolka im Rahmen einer geheimen Wahlhandlung mit 8 Stimmen zum Geschäftsführer gewählt. Der bis dahin amtierende Landesgeschäftsführer Kevin Kulke, erhielt 7 Stimmen und eine Enthaltung wurde gezählt.

Was tun? Nun lässt sich über das Verfahren aus unserer Sicht, nicht nur sachlich berichten. Die Entscheidung der Vorsitzenden Torsten Koplin und Wenke Brüdgam, einen Genossen ihrer Wahl als Landesgeschäftsführer vorzuschlagen ist sicher legitim, hat jedoch bei vielen Genoss*innen große Empörung ausgelöst. Der zu der Zeit berufene und amtierende Landesgeschäftsführer, unser Schweriner Genosse Kevin Kulke, ist im letzten halben Jahr vielen ans Herz gewachsen. Er hat ohne eine langfristige Einarbeitungszeit einen Bundestagswahlkampf organisiert, hat mit allen Kreisen gut zusammengearbeitet und hatte immer ein offenes Ohr für die Fragen oder Anregungen der Genoss*innen gehabt. Auf einer Beratung der Kreisgeschäftsführer*innen mit dem Landesvorsitzenden Torsten Koplin haben sich die Geschäftsführer mit überwältigender Mehrheit für eine erneute Berufung des Genossen Kulke als Landesgeschäftsführer ausgesprochen. Zur 2. Sitzung des Landesvorstandes waren die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer eingeladen. Auf der Sitzung und in der Mittagspause wurde für uns deutlich, wie enttäuscht und wütend viele in unserer Partei über das gelaufene Verfahren, insbesondere über die Art und Weise des Zustandekommens dieser personellen Entscheidung sind. Auf Grund der großen Zustimmung vieler Genosss*innen haben wir uns entschlossen, ein laufendes Verfahren (Antrag an die Landesschiedskommission gegen das Zustandekommen dieser Entscheidung) von der Bundesschiedskommission, nach Ablehnung durch die Landesschiedskommission, prüfen zu lassen. Trotzdem denken wir, dass es wichtig ist, gerade jetzt miteinander über unsere Vorstellungen von innerparteilicher Demokratie und Solidarität zu sprechen. Eine geradezu angemessene Möglichkeit ist dabei die geplante Gesamtmitgliederversammlung unseres Landesverbandes am 24. März im Bürgergaus in Güstrow, Sonnenplatz 1. Dort haben alle Genossinnen und Genossen die Möglichkeit, ihre Position zur Entwicklung in unserem Landesverband darzulegen. Dazu gehört unseres Erachtens auch eine grundsätzliche Debatte über verbindende Prinzipien gemeinsamer Anstrengungen, auch über Personen, um wieder als Partei DIE LINKE. inhaltlich in die Offensive zu kommen.

Auf nach Güstrow, wir sind DIE LINKE.

CarmenZiegler
Dr. Daniel Trepsdorf

Neues aus dem Ortsverband Mitte

Am 17.01.2018 traf sich der Ortsverband Mitte zum Thema „Einführung Rechtspopulismus, Ursachen erkennen, Gegenmaßnahmen entwickeln“. Hierzu hatten wir unseren Genossen Daniel Trepsdorf eingeladen, der als Leiter des RAA-Regionalzentrums für demokratische Kultur Westmecklenburg in Ludwigslust tätig ist und seit November 2017 Mitglied des Landesvorstandes ist. Sein Vortrag beinhaltete kurz gefasst u.a. folgende Überlegungen: Die jüngsten Erfolge rechtspopulistischer Akteure verweisen eindrücklich darauf, dass auch in Deutschland ausgrenzende Einstellungen auf dem Vormarsch sind. Die Sehnsucht nach rigoros agierenden Führungspersönlichkeiten in Politik und Gesellschaft, einfachen "Schwarz-Weiß-Denkmustern" und die Tendenz, nach "Sündenböcken" für sozialökonomische Schieflagen zu suchen, ist leider auch hierzulande weit verbreitet. Dieser Drang einiger Bevölkerungszirkel zum 'autoritären Sozialcharakter' sowie menschenfeindlichen, ausgrenzenden Meinungen bewegen sich seit Jahren auf hohem Niveau innerhalb der deutschen Bevölkerung. Die jüngste Mitte-Studie der Uni Leipzig (2017) weist nach: 20,4% der Bundesbürger*innen neigen zu latenter Ausländerfeindlichkeit, 16,7% äußern sich chauvinistisch, 4,8% antisemitisch und 5,0% befürworten die Diktatur. Diese Entwicklung birgt für die progressive Linke und für die Demokratie überhaupt eine enorme Herausforderung. Gerade vor dem Hintergrund, dass anscheinend 5,4% (Ost: 7,6; West 4,8) der Deutschen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen. Es gilt, Demokratische Ethik, Werte, Überzeugungen auch im Alltagsdialog nach vorn zu bringen. Es geht darum, die Stärkung der Demokratiekompetenz durch eine Förderung kooperativer Einstellungsmuster im öffentlichen Gespräch zu befördern. Denn Demokratie ist mehr als eine Regierungsform, "sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsam und miteinander geteilten Erfahrung“ (John Dewey). Rechtspopulisten und -extremisten begegnet man am besten durch gesunden Menschenverstand ("common sense"), kritisches Nachfragen und sachliche Auseinandersetzung.

Die Zeit hat für das große Thema nicht gereicht, deshalb werden wir einen weiteren Termin anbieten. Danach stellten sich zwei in unserem Ortsverband neue Mitglieder vor: Olaf Bettenwoorth und Peter Behrens. Hervorheben möchte ich, dass zum ersten Mal seit Bestehen des neuen Ortsverbandes unser Beratungsraum komplett gefüllt war (25 GenossInnen waren gekommen), so dass auch die gesamte Atmosphäre eine andere war als bei früheren Mitgliederversammlungen, wo oft nur zwischen 10 und 15 GenossInnen anwesend waren.

Karin Schmidt

Nach dem Brexit: Britische Parlamentssitze einsparen, aufteilen oder was?



Wie weiter im Europäischen Parlament (EP) nach dem Ausscheiden der britischen Abgeordneten im Zuge des Brexits? Die 73 Sitze der britischen Parlamentarier einsparen, auf die anderen Mitgliedsstaaten für mehr Gleichgewicht untereinander aufteilen? So oder so kann man sich vorstellen, dass das Thema sehr kompliziert und konfliktträchtig ist – in allen Fraktionen des EP und das länderübergreifend. Geht es doch schließlich jeweils um eigene, nationale Interessen und Macht.

Mit der ganzen Materie beschäftigt sich Helmut Scholz schon seit Jahren im zuständigen Fachausschuss des EP, dem Ausschuss für Konstitutionelle Fragen (AFCO). Als Berichterstatter seiner Fraktion, der GUE/NGL, stand er am 31. Januar in der Fraktionssitzung seinen KollegInnen Rede und Antwort. Denn das Parlament muss entscheiden. Dessen Votum geht zur Stellungnahme an den Rat, von da wieder zurück in das EP und muss schließlich in nationales Recht aller 27 Mitgliedsstaaten der EU umgewandelt werden. Denn nach wie vor legen die nationalen Parlamente wie der Deutsche Bundestag oder die französische Assemblée nationale auf nationaler Ebene die Gesetzte zur Wahl des EP fest.

Helmut Scholz machte in der Fraktionssitzung deutlich, dass es für ihn begrüßenswert wäre, wenn das EP standardmäßig über eine feste Anzahl von Sitzen verfügen würde und es zu dieser Frage nicht immer wieder neue „Deals“ geben müsse. Ein großes Problem sei, so Scholz, dass nicht jedes Mitglied des EP die gleiche Anzahl an EU-BürgerInnen vertritt. So sind bspw. die sechs Abgeordneten aus Malta für die nur gut 433.000 EinwohnerInnen ihres Landes zuständig, aus Deutschland stehen aber z. B. 96 Abgeordnete für rund 82,5 Mio. EinwohnerInnen! Ein Parlamentsmitglied aus Deutschland vertritt also wesentlich mehr EU-BürgerInnen als das Parlamentsmitglied aus Malta. Gleichzeitig ist durch die EU-Verträge jedoch zum einen die Höchstzahl an Sitzen für das Parlament insgesamt reguliert, zum anderen ist die Höchstzahl von Parlamentsmitgliedern eines Landes auf 96 (wie im Falle Deutschlands) begrenzt und natürlich müssen auch alle EU-Staaten mit Parlamentsmitgliedern im EP vertreten sein. Dieses Problem des Stimmenungleichgewichts hat man bis heute vor sich hergeschoben, da natürlich kein EU-Staat im EP Sitze verlieren will.

Der AFCO hatte nun in seiner Beratung zu den britischen Sitzen einen Kompromissvorschlag unterbreitet. Ein Teil der Sitze soll eingespart werden, der andere Teil der Sitze für mehr Gerechtigkeit unter den verbleibenden 27 EU-Staaten aufgeteilt werden. Nun könnte man natürlich an der Stelle auch schon fragen, ob ein europäisches Parlament mit auf 750 Sitzen (plus 1 Sitz für den Parlamentspräsidenten) beschränktes Parlament eine angemessen große Volksvertretung für annähernd 512 Mio. EU-BürgerInnen ist. Allein der Deutschen Bundestag hat schließlich aktuell schon 709 Abgeordnete. Diese Frage stand allerdings gar nicht zur Debatte. Die Lösung des AFCO muss also wirklich als Kompromiss bezeichnet werden.

Die konföderale Fraktion GUE/NGL vertritt in ihrer Vielfalt allerdings keine klare Position. Helmut Scholz zeigte sich als AFCO-Mitglied offen für den 50:50-Vorschlag (Briten-Sitze zur Hälfte einsparen, zur Hälfte verteilen) des AFCO. Niederländer in der Fraktion sprachen sich jedoch klar für die komplette Einsparung aus. Spanien, Frankreich, Portugal, Irland und Italien forderten mit dem Argument „mehr Demokratie durch mehr Parlamentarier“ die komplette Aufteilung der britischen Sitze unter den anderen Staaten. Denn gerade in Ländern mit sehr heterogenen und oft kleinen Volksgruppen (Bsp. Baskenland, Katalonien, …) kann ein Sitz mehr oder weniger für den EU-Staat XY im EP schon über das Ja oder Nein der parlamentarischen Vertretung eben jener Volksgruppen entscheiden. Es bleibt also spannend, doch die Uhr läuft: Spätestens im Sommer des Jahres 2018 muss zum Beispiel Frankreich verfassungsgemäß-zwingend seine nationalen Gesetze zur EP-Wahl 2019 beschlossen haben. Dem könnte man ja mit einer echten, durch das EP selbst beschlossenen EP-Wahl begegnen. Doch dazu hängen die EU-Staaten leider noch viel zu sehr im nationalegoistischen Denken fest …

Asyl ist Menschenrecht

Warum sind Menschen auf Flucht? Welchen Gefahren sind sie ausgesetzt? Wie verlaufen Fluchtwege und wann finden Geflüchtete Schutz? Antworten auf diese und noch viel mehr Fragen will die Ausstellung mit dem Titel „Asyl ist Menschenrecht“ geben.

In vielen Teilen der Welt werden Menschen Opfer von Kriegen und Gewalt. Schätzungen gehen soweit, dass derzeit ca. 65 Mio. Menschen weltweit auf der Flucht sind (vgl. proasyl.de)

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen ist es vor allem für uns LINKE wichtig, genaue Hintergründe, Zahlen, Daten und Fakten zu kennen. Pro Asyl hat zu wichtigen Bereichen eine Plakatausstellung mit dem Titel „Asyl ist Menschenrecht“ erstellt. Der Flüchtlingsrat M-V e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, sie in Mecklenburg-Vorpommern auszustellen. Im letzten Jahr war die Ausstellung in Bad Doberan und Waren zu Gast und in diesem Jahr ist die erste Station das Kulturinformationszentrum in Schwerin.

Sie kann dort kostenfrei bis zum 1. März in der Zeit Mo.-Mi., 9-13/ 14-17 und Do. 9-13/ 14-18 in der Puschkinstraße 13 besichtigt werden.



Keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit!

Neumitgliedertreffen

Im letzten Jahr konnte der Kreisverband Schwerin zwölf Neueintritte in unsere Partei verzeichnen und auch in diesem Jahr gab es bereits einen Neueintritt. Der Kreisvorstand Schwerin hat sich entschieden, am 17.02.2018 zu einem öffentlichen Neumitgliedertreffen einzuladen. Es findet in der Zeit von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr im Bürgerbüro in der Martinstr. 1/1a in Schwerin statt.
Wir freuen uns über jedes neue Mitglied, weil es die Aktionsfähigkeit stärkt, sowie seine Erfahrungen und neue Ideen einbringt. Wir wollen die Möglichkeit nutzen, um miteinander ins Gespräch zu kommen und über die unterschiedlichen Erwartungen zu sprechen. Dabei werden wir uns mit dem Aufbau der Partei beschäftigen und uns Zeit zur Beantwortung von Fragen nehmen. Wir, das sind insbesondere unser Landtagsabgeordneter, Henning Foerster, der Kreisvorsitzende, Peter Brill, und die Verantwortliche für Neumitglieder, Genossin Daniela Filter, aber auch andere Mitglieder des Kreisvorstandes Schwerin.
Dieses Neumitgliedertreffen ist öffentlich. Interessierte und Genossen sind herzlich dazu eingeladen, um uns und sich untereinander besser kennen zu lernen. Für Speisen und Getränke ist gesorgt.

Daniela Filter

Mal dahinfahren, wo die Pfeffersäcke zu Hause waren - Reisen bildet!



Sonderausstellung „Das Kapital“ im „Museum der Arbeit“
Der Kreisverband Schwerin plant eine Fahrt in das „Museum für Arbeit“ in Hamburg am 21. April 2018.
Museum für Arbeit: „ „Das Kapital“ von Karl Marx ist ein Klassiker der politischen Ideengeschichte und das bekannteste Wirtschaftsbuch in deutscher Sprache. Der erste Band der „Kritik der politischen Ökonomie“, so der Untertitel, erschien 1867 in Hamburg, im Verlag von Otto Meissner. Dauerte es damals ganze vier Jahre, bis die ersten 1.000 Exemplare verkauft waren, so zählt das Werk heute neben der Bibel zu den auflagenstärksten Büchern der Welt – und gewiss zu den einflussreichsten und umstrittensten.
Das Museum der Arbeit nimmt das 150-jährige Jubiläum der Erstveröffentlichung in Hamburg zum Anlass einer spannenden und kontroversen Ausstellung zur Geschichte und Aktualität von Karl Marx‘ „Das Kapital“. Sie spannt einen Bogen von der Zeit der Entstehung des Werks im 19. Jahrhundert über die widersprüchliche Rezeption im 20. Jahrhundert bis zu heutigen Fragen der Produktion und Verteilung von Reichtum und Armut. Ziel der Ausstellung ist es, zum Nachdenken über Aktualität und Grenzen dieses umkämpften Klassikers anzuregen – und zwar weder dogmatisch noch akademisch, sondern assoziativ und partizipativ.
Marx kam es darauf an, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern sie zu verändern. Deshalb fragt die Ausstellung auch danach, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Führt der Kapitalismus zu Freiheit und Wohlstand oder zu Unterdrückung, Ausbeutung und Krise? Wieso werden die Mechanismen des aktuellen Wirtschaftssystems so unterschiedlich bewertet? Und sind Alternativen wünschenswert und möglich? Die Ausstellung gibt der Diskussion solcher und ähnlicher Fragen breiten Raum und bindet die Meinungen und Positionen von Besuchern direkt ein.“
Weitere Informationen sind unter www.museum-der-Arbeit.de erhältlich.
Der Eintritt und die Kosten für die Führung werden übernommen, sowie die Fahrtkosten mit der Bahn von Schwerin nach Hamburg und zurück, außer einem Eigenanteil von 10 EUR pro Person.
Zur Planung und Vorbestellung ist es notwendig, die Teilnehmeranzahl zu ermitteln. Daher bitten wir Euch bei Interesse um eine Rückmeldung in der Geschäftsstelle per E-Mail unter info@die-linke.schwerin.de oder telefonisch unter 0385 7587454.
Über ein reges Interesse würde ich mich freuen.

Daniela Filter

Herzlichen Glückwunsch

Im Monat Januar feierten die Genossinnen Gerda Herbst den 91., Emma Laudahn und Christel Redlin den 89., Inge Gäth den 88. und Rita Meyer den 75.und die Genossen Herbert Lengnink den 90., Peter Voß den 74., Hartmut Stein den 60. und Nils Dunst den 56. Geburtstag. Im Februar gratuliert der Ortsvorstand Weststadt der Genn.
Rita Dreher zum 87. und dem Gen. Walter Resch zum 82. Geburtstag.
Die besten Wünsche nachträglich zum 86. Geburtstag erhält Genosse Hans Koch, den er am 01. Februar feierte.
Im Monat Januar begingen die Genossin Doris Schlag, der Genosse Wolfgang Heinrich, der Genosse Hermann Rößler, die Genossin Kerstin Kühl (den 40.), der Genosse Kevin Kulke (den 30.), die Genossin Ellen Peter , die Genossin Hildegard Niederstraßer (den 96.), der Genosse Hardy Hübner (den 89.), die Genossin Christine Ilic, der Genosse Peter Behrens und die Genossin Ute Rogge-Saretzki ihren Geburtstag.
Im Monat Februar haben die Genoosin Irmgard Pingel (den 85.), der Genosse Volker Kufahl, der Genosse Dirk Rosehr, die Genossin Ursula Schlegel (den 91.), der Genosse Andreas Heitert, der Genosse Christoph Brüggemann (den 40.), der Genosse Bernd Rosenheinrich (den 70.) und der Genosse Joachim Aust Geburtstag.
Herzliche Glückwünsche zum 90. Geburtstag konnten wir, die Basisgruppe 106, unserem Herbert Lengningk in fröhlicher Runde überbringen.
Wir wünschen ihm auch weiterhin alles Gute.
Glückwunsch an Genossin Erna Meinhard, sie feiert am 23.02.2018 ihren 89. Geburtstag.

Wortmeldung



Viele haben mich gefragt, warum ich nicht mehr für den Landesvorstand kandidiert habe. Dies hatte zwei Gründe. Zum einen meine private Situation. Da ich die Möglichkeit bekam, ab November letzten Jahres mein Studium um ein Auslandssemester zu bereichern, fehlte mir ganz einfach die Zeit für aktive Parteiarbeit. Zum anderen aber war mir der Erneuerungsprozess, wie er seit langem eingefordert wird, ein persönliches Anliegen gewesen und vor diesem Hintergrund die Konsequenz daraus (so wie im Übrigen auch bei den Genossinnen Heidrun Bluhm und Jeannine Rösler). Denn bereits nach der schmerzhaften Landtagswahl 2016 war die Landespartei aufgefordert, eine Strategie sowohl für ihre personelle Erneuerung als auch inhaltliche Weiterentwicklung zu finden. Wo standen wir denn zu der Zeit? Helmut Holter wurde gegangen, Angelika Gramkow in Schwerin abgewählt, der langjährige Landesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Kay Kröger trat zurück und schloss eine erneute Ernennung für 2017 aus gesundheitlichen Gründen aus. Der Bundestagswahlkampf stand unmittelbar bevor.

Der Landesparteitag hatte Ende September 2016 die Entscheidung zu fällen, ob mit Heidrun Bluhm an der Spitze des Landesvorstandes Kontinuität gewahrt werden sollte für einen effizienten Wahlkampf und damit eine geordnete Übergabe bis zur regulären Neuwahl des Landesvorstandes oder ob man sich anlässlich der Entwicklungen in M-V und unserer Partei sofortig für den Neuanfang entscheidet. Der Parteitag hat sich für Kontinuität entschieden.

Zudem musste der Landesvorstand eine Entscheidung bezüglich der Ernennung eines Landesgeschäftsführers treffen. Nach mehr als vier Monaten und mehrmaligen Ausschreibungsverfahren hat sich der Landesvorstand im Februar 2017 für eine neue Personalie in der Landesgeschäftsstelle entschieden.Fakt war aber, dass einem jungen unverbrauchten Menschen mit naturgemäß geringen Referenzen suggeriert wurde, er könne DIE LINKE.M-V in ihrer gegenwärtigen Lage als Außenstehender im Handumdrehen verstehen, ihre Probleme im laufenden Geschäft im Nu überwinden und in kürzester Zeit eine effektive Strategie für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf in M-V sowie den bitter notwendigen Mitgliederzuwachs auf die Beine stellen.

Im Ergebnis dessen konnten viele Ziele eben nicht erreicht werden. Auch mit welcher Qualität sie umzusetzen versucht wurden, hat dem neuen Landesvorstand womöglich zu seiner jüngsten Entscheidung zur Besetzung der Landesgeschäftsstelle bewogen. Ihm jetzt vorzuwerfen, er würde unfair und intransparent mit seinen Entscheidungen agierens bezüglich der Besetzung der Landesgeschäftsstelle, der sei nur vor den genannten Hintergründen gut beraten, sich mit der Ausgangslage zu befassen. Eine Mehrheit des Landesvorstandes hat dies dann jüngst wohl berücksichtigt. Es gilt jetzt, aus den Strukturen heraus, den Erneuerungsprozess mit Ideen zu füttern und den Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle zu unterstützen. Auch wenn wir nach der Bundestagswahl die Chance für einen Neuanfang haben, dürfen wir uns nicht in Nebenschauplätzen verzetteln. Die Menschen im Land werden nicht darauf warten, bis wir uns beruhigt haben. DIE LINKE wird in diesen Zeiten mehr denn je gebraucht.

Und eine Bemerkung sei mir gestattet: Mit Personalangelegenheiten allein an die Öffentlichkeit zu gehen zeugt von zweierlei Wesenszügen: zum einen, weil man keine inhaltlichen Themen vorweisen kann. Umso beschämender empfinde ich die Debattenbeiträge aus meinem Kreisverband. Zum anderen aber zeugt es von Egalität. Es wird in Kauf genommen, dass die weitere persönliche Zukunft und berufliche Laufbahn zwei junger kluger Menschen aufs Spiel gesetzt wird, indem Genosse Smolka aus Rostock gegen den Genossen Kulke aus Baden-Württemberg ausgespielt wird durch öffentliche Debattenbeiträge, die die Konzernmedien gut und gerne aufnehmen. Und mit welchem Ergebnis, das muss ich nicht weiter benennen. Die Debatten der Bürgerinnen und Bürger in den sozialen Netzwerken sprechen eine eindeutige Sprache.

Lasst uns endlich diese billigen Debatten über Personalien beenden und dem Landesvorstand auch mal die Chance geben, Inhalte und Themen zu setzen. Daran werden wir gemessen.

André Walther

60 Jahre Lebenszeit und 25 Jahre Arbeit im Dienst unserer Partei, mit allen Höhen und Tiefen, anstrengende und bewegte Jahre sowie die schöne Zeit mit dir sind es uns wert, dass mann dich hier besonders ehrt. Der Kreisvorstand wünscht dir, lieber Peter, weiterhin viel Glück im Leben, viel Erfolg bei der Arbeit und vor allem Gesundheit und sagt dir Danke für die geleistete Arbeit.



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Die Rosa Luxemburg Stiftung lädt zu einer Veranstaltung mit Prof. Dr. Siegfried Kuntsche ein. Er stellt am Sonntag, den 18. Februar im Gemeindehaus Uelitz sein Buch „Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 1951 bis 1990„ vor. Die Veranstaltung beginnt um 15 Uhr.

Die Volkshochschule Schwerin hat die Autorin Gabriele Krone-Schmalz eingeladen. Sie stellt ihr Buch „ Eiszeit“ Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist, vor. Zeit: 9. April um 19.00 Uhr. Ort: Goldenen Saal im Neustädtischen Palais. Eintrittskarten sind an der Kasse erhältlich.

Einladung AG Stammtisch

Mittwoch, 7.3.2018
18 Uhr, Bürgerbüro
Martinstraße 1A
Thema
in Vorbereitung
auf die Landesbasis-
konferenz:
Innerparteiliche
Kommunikation
Gast: Peter Brill

Der Vorstand des Ortsverbandes Schwerin-Mitte möchte ich Euch herzlich einladen zu einem Vortrag mit Videoaufnahmen und Fotos über den südöstlichen Teil Kubas.

Mittwoch , den 21.02.2018 um
17.30 Uhr in der
Martinstraße 1 a
(oben im Konferenzraum)

Unser Genosse Heinz Schmidt nahm im November des letzten Jahres für 3 Wochen an einem Workcamp in Guantanamo teil und kann auch von Ausflügen nach Baracoa, Guantanamo-Stadt, Santiago de Cuba sowie Besuch von Schulen und verschiedenen Betrieben berichten.

Da die Raumkapazität begrenzt ist, bitte ich um Anmeldung unter Tel. 5509706 oder per E-Mail: kuh.schmidt@arcor.de.